

Wenn die Luft zum Atmen fehlt

Der Krieg hat **Forschungskooperationen mit Russland** zum Erliegen gebracht. Ist das sinnvoll?

BERICHT:
ANNA GOLDENBERG

Peter Schweitzer hatte einen Plan A, einen Plan B und einen Plan C. Jetzt wankt er an Plan D.

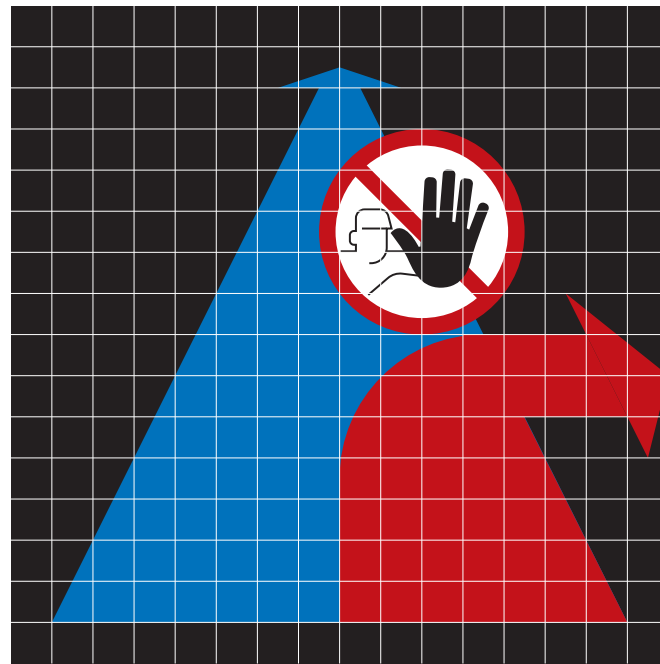
Schweitzer, 64, ist Professor für Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien. Im Vorjahr zog er eine prestigeträchtige, mit 2,5 Millionen Euro dotierte Förderung des European Research Council an Land. Gemeinsam mit russischen und europäischen Forschenden untersucht er, wie neue und geplante Transportinfrastrukturen das Leben der lokalen Bevölkerung in der Arktis beeinflussen.

Die nördliche Polarregion erstreckt sich über drei Kontinente, fast die Hälfte davon liegt in Russland. Die Bewohnerinnen und Bewohner leben in dünn besiedelten Gebieten, weit voneinander entfernt, und unter schwierigen klimatischen Bedingungen. Unter den Dauerfrostböden und im nördlichen Eismeer lagern wertvolle Ressourcen wie Erdöl, deren Ausbeutung wirtschaftlich wichtig ist. Russland sticht heraus, sagt Schweitzer: „Denn es hat sich immer mehr in Richtung Diktatur entwickelt.“ Die lokale Bevölkerung hat bei den Infrastrukturprojekten kaum etwas mitzureden.

Weil die Beziehungen zwischen Russland und der EU schon seit der Annexion der Krim 2014 angespannt sind und Schweitzer damit rechnete, dass der Zugang zu dem Gebiet eingeschränkt sein könnte, formulierte er in seinem Projektantrag einen Plan B („Feldforschungen werden von russischen Staatsbürgern innerhalb des Projekts durchgeführt“) und einen Plan C („lokale russische Organisationen übernehmen die Feldforschungen“).

Dann kam Putins Einmarsch in die Ukraine, die Sanktionen machten Auszahlungen an russische Forschungseinrichtungen unmöglich. Was Schweitzer ja versteht. Es bedeutet allerdings auch: Wie sich das Leben der Bewohner der russischen Arktis verändert, wird so bald niemand erfahren. Schweitzer will nun versuchen, „indirekte Kommunikationskanäle“ offen zu halten.

Wichtige Fördergeber wie die EU-Kommission haben sämtliche Kooperationen



mit Russland eingestellt. Nur auf individueller Ebene dürfen Forscherinnen und Forscher weiterhin Kontakt mit ihren russischen Kolleginnen und Kollegen haben. Die österreichischen Hochschulen, die das aufgrund ihrer Autonomie selbst bestimmen, fahren ein ähnliches Sanktionsregime. Offizieller Kontakt zu russischen Universitäten ist verboten.

Der österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) listet 33 Projekte, die aktuell in Kooperation mit der staatlichen russischen Agentur für Grundlagenforschung laufen. Sie sind an verschiedenen österreichischen Forschungseinrichtungen angesiedelt und werden nicht unterbrochen, unter anderem, da der FWF nur den österreichischen Anteil finanziert.

Ein solches FWF-Projekt koordiniert gerade Jeremy Bradley. Er ist Post-Doc-Assistent am Institut für Finno-Ugristik an der Universität Wien. Zur finno-ugrischen Sprachfamilie zählen neben Finnisch und Ungarisch auch zahlreiche Sprachen ethnischer Minderheiten in Russland. Viele Sprecher leben im Wolga-Kama-Gebiet im

Und die Ukraine?

An zahlreichen österreichischen Universitäten gibt es Initiativen, Kollegen als Gastforscher nach Österreich zu holen. Der FWF stellt eine Million Euro bereit, um ukrainische Forschende in die Projekte ihrer österreichischen Partner zu integrieren

Die österreichische

Akademie der Wissenschaften vergibt 30 Stipendien, um ukrainische Forscher nach Österreich zu bringen

Südwesten des Landes. Dort forscht Bradley gemeinsam mit der Wiener Projektleiterin Johanna Laakso in Kooperation mit der Higher School of Economics in Moskau. Die russischen Forscher sammeln in den Gebieten sprachliche Daten, nehmen also die Menschen beim Reden auf. In Wien wird sortiert und analysiert.

Schon die Pandemie hatte den Fortschritt verlangsamt. Und jetzt? Theoretisch dürfte er weitermachen, sagt Bradley, aber: „Es ist die Frage, welche Forschungsergebnisse sie uns aus Moskau geben dürfen.“ Denn der Druck auf die russischen Kollegen, die Verbindungen mit dem Westen abzubrechen, ist hoch. Weshalb die Sache mit den Sanktionen eine zweiseitige ist. Wer mit dem Westen kooperiert, macht sich in Russland ohnehin verdächtig. Im Februar sprachen sich rund 7000 russische Forschende in einem offenen Briefen gegen den Krieg aus. Für die Forscher sei die Zusammenarbeit mit dem Westen ein „Atemloch“, sagt Laakso. Soll man ihnen die Luft abschnüren, um Putin daran zu hindern, den Schein von Normalität aufrechtzuerhalten? Für Laakso ein Dilemma: „Bis wohin hilft die Kooperation meinen Kollegen? Und ab wann verliert sie alle moralischen Grundlagen?“

Die letzten Jahre erinnern sie an damals, sagt die gebürtige Finnin, die 1990 an der Universität Helsinki promovierte. Damals, als der Eisernen Vorhang noch existierte und ihre sowjetischen Kollegen vom Geheimdienst überwacht wurden. Auch auf den Weltkongressen der Finno-Ugristen waren KGB-Agenten dabei, das wusste jeder. Aber jetzt ist es fraglich, ob zum diesjährigen Weltkongress, der im August in Wien stattfindet, die russischen Kollegen überhaupt anreisen dürfen – mit oder ohne geheimdienstlicher Begleitung.

Je länger der Krieg dauert, desto langfristiger wird der Verlust sein. Es werden künftig viele Forschungsfragen unbeantwortet bleiben, sind doch, etwa beim FWF, neue Projektanträge in Kooperation mit Russland untersagt. „Wir sind vorsichtig optimistisch, dass das nur eine Pause ist“, sagt der Anthropologe Schweitzer. Eine Pause, nach der man vielleicht wieder einen gemeinsamen Plan A schmieden kann. **F**

Wissenschaftler der Woche Tony Ross-Hellauer

Sind wissenschaftliche Zeitschriften überflüssig geworden, Herr Ross-Hellauer?

Fünf große Wissenschaftsverlage, Elsevier, Wiley-Blackwell, Springer, Taylor & Francis und Sage, dominieren den Markt. Einen Artikel in einer ihrer renommierten Zeitschriften, etwa *Science* oder *Cell*, zu veröffentlichen, kann für Forscher noch immer karrierebestimmend sein.

Der Zugang zu den Zeitschriften ist für Universitäten extrem teuer. Dabei werden die Zeitschriften längst nicht mehr gedruckt, sondern online gestellt. Forscher begutachten im sogenannten Peer-Review-Prozess die Artikel umsonst. Die Aufgabe der Verlage besteht also lediglich darin, zu kuratieren und zu bestimmen, was wichtig ist. Das sollte viel billiger sein.

Zum Teil als Protest gegen die hohen Kosten entwickelte sich die Open-Access-Bewegung, die vor 20 Jahren in Budapest eine utopische Erklärung verfasste. Sie wollen Zugangsbeschränkungen aufheben. Am wissenschaftlichen Fortschritt teilzuhaben ist schließlich ein Menschenrecht.

Mittlerweile gibt es zwar zahlreiche Open-Access-Zeitschriften, deren Inhalte kostenlos verfügbar sind. Doch einige von ihnen verlangen Veröffentlichungsgebühren, manchmal bis zu 9500 Euro. Das benachteiligt ärmere Länder und Institutionen, wie wir in unserem in der Vorwoche veröffentlichten Bericht für ON-MERRIT, einem Projekt der EU-Kommission, kriti-



Tony Ross-Hellauer, 42, leitet die Open and Reproducible Research Group an der TU Graz

sieren. Eine Lösung wäre, dass sich Bibliotheken vernetzen und selbst publizieren. Eine andere Möglichkeit ist, dass Autoren ihre Artikel selbst frei zugänglich machen.

Journalen, die einst super waren, um Wissen zu bündeln, sind im digitalen Zeitalter ein Anachronismus. Man könnte viel innovativer sein, etwa, was interaktive Inhalte betrifft. Und warum nicht zuerst publizieren und dann filtern? Die Zeitschriften oder Forscher könnten „Playlists“ von noch nicht peer-reviewten Artikeln erstellen, die von anderen Forschenden evaluiert werden. Das ist die Zukunft, die ich gerne sehen würde.

PROTOKOLL: ANNA GOLDENBERG